

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

7.9.1921 (No. 208)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 M.; — Einzelnummer 35 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und anhangsweiser Beilage und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böser Gewalt, Streik, Sperrung, Kassenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Sammlung.

Die Revolvergeschüsse, die Erzberger am Kniebis zu Boden strecken, haben ein schlimmes Echo geweckt. Wöllig lassen sich die Folgen dieser rachsüchtigen Mordtat heute überhaupt noch nicht übersehen. Zunächst steht das eine fest, daß sich die Gegenkräfte, die schon im Hinblick auf die kommenden Steuern an und für sich recht scharf geworden waren, noch vergrößert haben. Das Mißtrauen ist gewachsen, und an die Stelle sachlicher Erörterung ist vielfach die fanatische Geistes des Hasses getreten.

Das ist ein Zustand, den ein großes Volk auf die Dauer nicht ertragen kann. Also muß dieser Zustand je eher je besser abgebaut werden. Leicht wird das allerdings nicht sein. Und zwar hauptsächlich deshalb, weil eben das Mißtrauen wieder wach gerufen ist, und weil — mit Recht oder mit Unrecht — die Ermordung Erzbergers nur als ein Glied in einer Kette betrachtet wird, die noch lange nicht abgelaufen ist.

In dieser Situation kann es nur zwei Mittel geben, die unser Volk zu retten vermögen. Diese Mittel heißen: Energie und zweckbewußte Sammlung aller besonnenen Elemente des Volkes, aller jener Schichten, die wirklich ihr Vaterland lieben und unbeschadet ihrer besonderen parteipolitischen Ideale das Vaterland in eine bessere Zukunft hinüberretten wollen. Das andere Mittel heißt: Rücksichtsloser Kampf gegen alle die, die in einer Verblendung, die manchmal direkt pathologische Formen aufweist, nichts Besseres zu tun wissen, als die Grundlagen des Staates und der Verfassung zu unterhöhlen! Rücksichtsloser Kampf gegen alle die, deren Seelenleben für die Normen-ankständer und ehrlicher Politik noch nicht reif ist, und die deshalb meinen, sie könnten mit den Waffen der Gewalt, mit Bedrohung und Mord, die Mehrheit den eigenen egoistischen Wünschen dienstbar machen.

Was zunächst die Sammlung der besonnenen Elemente betrifft, so ist hierbei grundsätzlich jeder willkommen zu heißen, der wirklich ehrlichen Herzens am Aufbau des Vaterlandes mitarbeiten will. Gefinnungsschwümmerei hätte dabei zu unterbleiben. Von diesem Standpunkt aus wird man sich prinzipiell auch die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei gefallen lassen dürfen, zumal diese Partei noch in den letzten Tagen durch den Mund ihrer Führer und ihrer offiziellen Pressorgane hat erklären lassen, daß sie nicht als eine Rechtspartei angesprochen zu werden wünscht und bereit ist, auf dem Boden der Verfassung mit den übrigen Parteien, also auch mit der Sozialdemokratie, zusammen zu arbeiten.

Wenn gleichzeitig in diesen Erklärungen versichert wurde, daß durch diese praktische Stellungnahme das grundsätzliche Festhalten an der monarchischen Idee nicht berührt werde, so braucht man diese Einschränkung im Rahmen positiver und aufbauender Politik nicht allzu tragisch zu nehmen, da ja von allen vernünftigen Monarchisten zugegeben wird, daß die ganze Frage „Republik oder Monarchie“ einstweilen gegenstandslos ist, und daß man jedenfalls nach Lage der Dinge zunächst nur auf dem Boden der Demokratie vorankommen werde.

Selbstverständlich ist mit jenen Erklärungen allein die Frage der Sammlung noch nicht gelöst. Die Praxis erst würde zeigen, ob die Männer der Deutschen Volkspartei, falls sie Regierungämter bekleiden, auch wirklich von jeder monarchistischen Agitation Abstand nehmen und sich auf die loyale Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten beschränken. Daß man in dieser Hinsicht mit einem Mann, wie dem früheren Vizekanzler und Justizminister Dr. Heinze, gute Erfahrungen gemacht hat, ist bekannt. Würde die Deutsche Volkspartei durch die Tat beweisen können, daß sie wirklich das Gebot der Stunde richtig erkannt hat und wirklich entschlossen ist, aufrichtigen Sinnes auf der Grundlage der demokratischen Verfassung am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten, so müßte auch bei der Arbeiterschaft nach und nach das Mißtrauen verschwinden.

Sehr erschwert wird die Sammlung der verfassungstreuen und besonnenen Elemente durch das Verhalten Bayerns. Von neuem hat sich die Lage wieder zugekehrt und es gibt heute ruhige und ernste Politiker, die die Ansicht vertreten, daß zwischen dem Reich und der zurzeit in Bayern amtierenden Regierung auf die Dauer überhaupt keine erprobliche Zusammenarbeit möglich sein wird, und daß bei der Weigerung der Münchener Regierung, bei einer jeden Gelegenheit in Opposition zur

Reichsregierung zu treten, ein schwerer Konflikt doch nicht werde vermieden werden können. Diese Politiker machen dabei darauf aufmerksam, daß es keineswegs nur das Kabinett Wirth ist, welches mit Bayern fortwährend Schwierigkeiten hat, sondern, daß auch das vorige Kabinett Fehrenbach, dem gar keine Sozialdemokraten angehörten, genau so schwere Kämpfe mit der Münchener Regierung ausfechten mußte. Wir selbst enthalten uns eines Urteils darüber, ob jene Politiker mit ihrer Auffassung der Dinge recht haben oder nicht. Doch die „bayerische Eigenart“ und die Betätigung dieser Eigenart für die Reichseinheit gefährlich ist, das ist allerdings eine Tatsache, an der niemand vorbeigehen darf, der überhaupt noch aktiv an der Politik teilnimmt.

Das andere Moment, das eine Sammlung erschwert, ist die von den Reaktionsären und einem Teil der „bürgerlichen“ Presse geflüstert verbreitete Auffassung, als ob jeder, der energisch für die demokratische Verfassung eintritt, damit eine Art Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie bekennend. Das ist eine völlig ungerechtfertigte Darstellung. Und es ist das Verdienst des Reichszanlers Dr. Wirth, daß er auf die Abulistik dieser Auffassung hingewiesen hat. Er hat mit allem Nachdruck betont, daß „es durchaus keine Tendenz nach links bedeuete, wenn die Reichsregierung sich jederzeit schützend vor die Weimarer Verfassung stellt“.

Es wäre gut, wenn jeder Staatsbürger, falls er nicht gerade mit böswilliger Absicht die Dinge fälschen will, begreifen lernen würde, daß in der Tat das energische Eintreten für die Verfassung durchaus nicht gleichbedeutend ist mit der Befundung sozialdemokratischer Überzeugung. Die drei Koalitionsparteien des Reiches haben diese Verfassung geschaffen, und alle drei sind gleichmäßig zu Verteidigern dieser Verfassung berufen. Die Art und Weise, wie diese Verteidigung praktisch in Szene tritt, kann je nach Parteiauffassung und je nach Temperament verschieden sein. Die Verpflichtung, für die Verfassung einzutreten und sie gegen Gewalttat und Sabotage zu schützen, wird aber von allen drei Parteien anerkannt.

Von diesem Standpunkt aus wird sich am allerbesten das zweite Mittel, das uns einer Gesundung der innerpolitischen Verhältnisse entgegenführen kann, gebahndelt werden müssen. Da in letzter Zeit das Treiben der Reaktion außerordentlich bedrohlich geworden ist und unerhörte Ausschreitungen zur Folge hatte, so wird demgemäß auch der Abwehrkampf der Reichsregierung und der verfassungstreuen Elemente, die ja die große Mehrheit im Volke bilden, relativ scharf sein müssen. Diese Scharfe aber wird sich umsetzen in positive Werte. Es wird gelingen, das reaktionäre Treiben dort, wo es Unfug stiftet und die Bahnen der Gesetlichkeit verläßt, einzudämmen. Ein solcher Erfolg wird das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Reichsregierung und ihrem redlichen Willen verstärken. Und auch die segensreiche Wirkung in außenpolitischer Hinsicht wird nicht ausbleiben.

Soffen wir, daß immer weitere Kreise unseres Volkes die Notwendigkeit des hier von uns vertretenen Programms einsehen, daß sie sich immer enger zusammenschließen auf dem Boden von Verfassung und Gesetz, daß sie aber auch andererseits immer tatkräftiger werden in der Zurückweisung einer Opposition, die mit den verwerflichen Mitteln der Gewalt arbeitet und damit die Existenz des Vaterlandes aufs Spiel setzt!

Der zweite Abschnitt der griechischen Offensive.

Von Franz Carl Endres, Gauting bei München.

Die Julischlachten hatten die Griechen in den Besitz der Städte Afium, Karahissar, Kutaja, Eskishehir und Bilebitsch gebracht. Hier wurde eine Operationspause eingelegt, die allerdings den Türken erlaubte, sich westlich Angora noch einmal festzusetzen, andererseits aber doch den Griechen die einzige Gewähr dafür gab, die Fortsetzung ihrer Operation in Ordnung, d. h. mit ergänzten Verbänden u. gefüllten Munitionskolonnen, anzutreten. War doch die griechische Stabslinie von Smyrna nach Afium Karahissar schon über 350 Kilometer lang geworden. Die Verluste des ersten Feldzugs waren verhältnismäßig gering. Sie betragen 69 Offiziere tot, 228 verwundet, 1185 Unteroffiziere und Mannschaften tot, 5027 verwundet. Mit unerfennenswerter Energie wurden die Vorbereitungen für die neue Offensive so rasch getroffen, daß die griechischen Armeen schon am 14. August wieder antreten konnten. Die große Frontausdehnung des Heeres, die von

Afium Karahissar über Eskishehir bis Gemlik rund 300 Kilometer betrug, erlaubte keineswegs ein brutales Vorfchieben der ganzen Front. Dazu sind die Bestände des griechischen Heeres zu gering. Die griechische Heeresleitung entschloß sich daher, durch einen operativen Vormarsch aus der Mitte heraus ihre Hauptkräfte in den Raum um Sibirissar zu massieren, d. h. auf dem kürzesten Wege Angora zu erreichen. Der linke griechische Flügel, der dicht vor der großen Etappenlinie Brussa Eskishehir lag, mußte mit starken Kräften ausgerüstet werden. Ein Erfolg gegen diesen hätte die Gesamtoperation in Frage gestellt. Den äußersten rechten Flügel bei Afium Karahissar glaubten die Griechen ganz schwach halten zu können, da er unmittelbar vor der Salzwüste lag und von Konia her, wo die Herrschaft Mustapha Kemals politisch bekämpft wurde, besondere Gefahren nicht zu erwarten waren. Der so eingeleitete griechische Massenstoß mit zurückhängenden Flügeln erreichte schon am 17. August Sibirissar.

Um den weiteren Bewegungen auch nur in ganz großen Zügen folgen zu können, ist es notwendig, eine ungefähre Vorstellung des Kriegsschauplatzes zu haben. Durch die in der Regel unrichtige Wiedergabe der Ortsnamen in den telegraphischen Berichten ist es für den, der die Gegend nicht persönlich kennt, nahezu unmöglich, sich ein Bild der Sachlage zu formen. Dazu kommt, daß beide Parteien keinen Grund haben, ihre Stellungen, geschweige denn ihre Absichten der Öffentlichkeit mitzuteilen, so daß es eingehender Studien bedarf, um mit einiger Wahrscheinlichkeit die Operationen richtig darzustellen. Vor allem ist wichtig zu wissen, daß der Salaria nördlich von Afium Karahissar entspringt, zunächst in nördlicher Richtung fließt bis fast in die Höhe von Eskishehir, hier in südöstlicher Richtung umbiegt, südlich an Sibirissar vorbeifließt, dann etwa 75 Kilometer südöstlich dieser Stadt scharf nach Norden umbiegt, nordöstlich von Sibirissar den von Eskishehir kommenden Purlal aufnimmt und dann 90 Kilometer weiter nördlich plötzlich wieder nach Westen abbiegt und in dieser Richtung bis in die Gegend von Bilebitsch verbleibt. Diese ganz seltsame Form des Flusses, der nahezu einen Kreis um das ganze Operationsgebiet beschreibt, gibt zu den größten Mißverständnissen Veranlassung. Südlich des Salaria (in seiner Strecke südlich Sibirissar), dehnt sich die große Salzwüste aus, die größtenteils Operationen starke Schwierigkeiten bereitet. Der östlich von Sibirissar fließende Teil des Salaria bildet einen starken Abhang auf dem Weg nach Angora und ist seinerseits gegen die Salzwüste durch zwei weitere Flüsse, den Göl und den Kadranjsi abgeriegelt. Eine Operation zwischen Purlal und dem wieder westlich fließenden Salaria findet im Djumbilangebirge fast unüberwindliche Schwierigkeiten.

So gab es für die Griechen keine andere Möglichkeit, wenn sie schon auf eine Offensive an ihrem Nordflügel verzichteten, als von Sibirissar aus die starke Stellung des Salaria östlich Sibirissar zu überwinden. Hier hatten die Türken, denen Geschicklichkeit in der Auswahl schwer einzunehmender Stellungen Tradition ist, die Reste ihrer Haupttruppen vereinigt. Abgesehen von weiter nördlich stehenden Abteilungen befand sich der rechte Flügel der türkischen Hauptabteilung da, wo der Salaria nach Überschreiten der Eisenbahnlinie Eskishehir-Angora den Purlal aufnimmt, also etwa an der Stelle der antiken Stadt Gordium. Vor hier aus zog sich die Stellung am östlichen Ufer des Salaria bis an den Göl, d. h. bis an den Rand der Salzwüste. Diese Hauptfront betrug wenig mehr als 50 Kilometer. Die Griechen führten von Sibirissar aus gegen diese Stellung vor und erkannten wohl sehr bald, daß sie frontal nur mit schweren Opfern zu nehmen war. Sie machten daher eine sehr interessante und geschickte Operation, indem sie starke Teile ihrer ersten Armee von Sibirissar aus nach Süden über den hier am Rande der Salzwüste stehenden Teil des Salaria sandten, die Salzwüste in ihrem nördlichen Teil durchschritten und die linke Flanke der türkischen Stellung von der Salzwüste her, also aus einer Richtung, in der die Türken sich sicher wählten, angriffen. Um ein Vorfchieben aller türkischer Reserven an diesem Flügel zu verhindern, mußten sie gleichzeitig die ganze türkische Stellung frontal angreifen. Diese Angriffe waren gar nicht darauf berechnet, den Durchbruch zu erzwingen, wurden also auch nur mit der Energie durchgeführt, die notwendig war, um die Türken in ihren Stellungen mit Front nach Westen festzuhalten, bis der taktische Aufmarsch der südlich umgebenden griechischen Kolonnen gelang. Daher konnten die Türken auch in den acht Tagen, vom 23. bis 31. August, in denen sich diese Umgehung vollzog, melden, daß die griechischen Frontangriffe abgeschlagen seien. Als die Türken, die in Fevzi Pascha einen neuen Generalstabschef, an Stelle des mir talentvoller erscheinenden Ismid gewählt hatten, diese, man kann sagen, strategisch freche Unternehmung der Griechen merkten, stellten sie noch rasch eine neue Front nach Süden längs der kleinen Flüsse Göl und Kadranjsi her. Diese Front war aber nicht mehr in der Lage, den Druck der Griechen auszuhalten, und mußte am 31. August aufgegeben werden.

Aber die Rückzugsbewegungen der Türken ist noch zu wenig bekannt, um festzustellen, ob der griechischen Angriffsbewegung von Süden her, hinreichend Kraft innewohnt, die ganzen türkischen Truppen zwischen Salaria und Angora in nördlicher Richtung zurückzuwerfen und damit den ganzen Feldzug mit einem Schlag zu beenden.

Die griechische Operation zeigt von strategischer Kühnheit. Man überließ den schwachen rechten Flügel bei Afium Karahissar einstweilen sich selbst. Hier hatten türkische Teiltruppen beträchtliche taktische Erfolge und kamen bis nahe an Afium Karahissar heran. Sie konnten aber, vermutlich nur 3-4000 Mann stark, die griechische Garnison nicht überwinden und konnten vor allem den starken Willen der griechischen Führung, die östlich von Sibirissar, unbefürchtet um alle Nebenereignisse die Entscheidung suchte, nicht verwirren. Die kleinen türkischen Operationen gegen Afium Karahissar sind heute in ihrer Wirkung schon vollkommen paralysiert, indem griechische Verstärkungen zum Gegenangriff vorgingen und die 50 Kilometer östlich der Stadt liegenden Straßennotenpunkte behaupteten.

und Bulavadin befehlt haben. Mit starken Kräften durchgeführt, hätte die türkische Operation Erfolgsmöglichkeiten gehabt, so aber stellte sie nichts als eine Verzerrung der Streitkräfte dar.

In der Gegend des nördlichen griechischen Flügels konnten keine Teilerfolge der Türken bei Gemlik und Leste, also beiderseits des Isthmus, ebenfalls keinen Einfluß auf die Gesamtoperation ausüben. Es scheint sich im ganzen die alte Lehre wieder zu behaupten, daß einem starkwilligen Gegner gegenüber Bedrohungen der operativen Plänen durch schwache Teiltruppen nichts bedeuten. Eine strategisch entscheidende Entwicklung kann nur erreicht werden, wenn der Verteidiger den Mut hat, mit ganz schwachen Kräften in der Front zu bleiben und den Planen mit seinen Hauptkräften zu machen. Dazu gehören aber operativ außerordentlich bewegungsfähige Truppen, über die die Türken nicht verfügen.

Aber die Fortsetzung der Operationen können nicht einmal Vermutungen ausgesprochen werden. Die Griechen werden sich selbst sagen, daß eine Befreiung von Angora und selbst ein Vorstoßen der griechischen Front bis in die Linie Angora—Poli—Benderegl am Schwarzen Meer den Krieg noch nicht beendet. Hierzu wäre rein militärisch ein Vordringen der Griechen wohl bis an die Grenze von Armenien notwendig. Es ist aber anzunehmen, daß die dauernden militärischen Mißerfolge auch zu einem innerpolitischen Sturz des in Anatolien keineswegs unbestrittenen Regiments Mustafa Kemal führen werden. In diesem Augenblick würde der Weg für Verhandlungen mit der feineswegs exterritorialen Regierung von Konstantinopel offen stehen.

Politische Neuigkeiten.

Bayern und das Reich.

Unter der Überschrift: „Bayern und das Reich“ teilt die „Bayerische Staatszeitung“ mit: Heute vormittag traten fast alle Fraktionen des Landtages zu Beratungen zusammen. Um elf Uhr versammelten sich die Führer der Koalitionsparteien, um zur Lage und den gestrigen Beschlüssen des Ministerkabinetts Stellung zu nehmen. Den Beratungen wohnten auch Ministerpräsident v. Kahr und Staatssekretär Schwenker bei. Das Ergebnis der Beratungen war, wie wir erfahren, daß Übermittlung dahin erzielt wurde, daß mit Berlin wegen der Frage der Verordnung des Reichspräsidenten und des bayerischen Ausnahmezustandes weiter verhandelt werden soll. Zu diesem Zweck begeben sich Staatssekretär Schwenker mit zwei Referenten und 7 Abgeordneten Selb. Vorsitzender der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei und Dr. Dirr, Führer der demokratischen Landtagsfraktion nach Berlin.

Weiter wird gemeldet: Gestern nachmittag trat der ständige Ausschuß des bayerischen Landtages zusammen. Abg. Timm stellte namens der sozialistisch-demokratischen Fraktion die Anfrage, ob die Staatsregierung beabsichtigt, dem ständigen Ausschuß des Landtages Mitteilung zu machen, Staatssekretär Schwenker erwiderte, er könne nur mitteilen, daß zurzeit noch Verhandlungen mit dem Reiche schweben und morgen fortgesetzt würden.

Reichswehrminister Gessler ist in München eingetroffen und hat an einer Sitzung der demokratischen Fraktion, zu der auch Parteimitglieder aus dem Lande zugezogen waren, teilgenommen. — Blättermeldungen aus München zufolge erläßt der bayerische Bürgererrat im Namen einer großen Anzahl wichtiger Körperschaften des bayerischen Wirtschaftslebens eine Erklärung, in der die verwerfliche Hebe gegen die bayerische Koalitionsregierung bedauert und die Regierung Kahr aufgefordert wird, „vor dem von verschiedenen Seiten auf sie ausgeübten Druck sich nicht zurückziehen, sondern unbeirrt die Linie ihrer bisherigen Politik weiter zu befolgen.“

Das R. L. A. meldet aus Berlin: Die bayerische Regierung hat die Telegramme, die der Reichsminister des Innern in der Angelegenheit des Verbots der „München-Augsburger Abendzeitung“ und der Unruhen in Koburg an die Münchener Regierung sandte, den bayerischen Zeitungen zur Veröffentlichung übergeben, deren Kommentare dahin lauten, daß die Telegramme einen Übergriff in die bayerischen Rechte und eine Verletzung der bayerischen Souveränität darstellen. Eine solche Auffassung ist durchaus unhaltbar und in keiner Weise beabsichtigt. Der Reichsminister des Innern hat es im Gegenteil vermieden, sich unmittelbar an untergeordnete Organe des bayerischen Staates zu wenden oder direkt auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten ein Verbot der Zeitung auszusprechen, um der bayerischen Regierung Gelegenheit zu geben, von sich aus das Erforderliche zu tun. Die bayerische Regierung hätte also, wenn sie eine abweichende Meinung hatte, dies in den Verhandlungen geltend machen können. Eine Zurückziehung der Lage, von der die Zeitungen reden, wäre danach lediglich auf die zu bedauernden Veröffentlichungen der Telegramme zurückzuführen.

Von zuständiger Berliner Seite wird mitgeteilt, daß die Meldung des bayerischen „Waterland“, der Reichskanzler habe auf dem Katholikentage gesagt, nach Erledigung Oberschlesiens werde „das bayerische Geschwür aufgeschnitten“ werden, erfunden ist. Diese Worte sind nie gefallen.

Die Stellung der Sozialdemokratie.

Am Sonntag hat der „Vorwärts“ in einer auffallenden Notiz an der Spitze des Blattes die bayerische Regierung vor weiterem Widerstand gegen die Beseitigung des Ausnahmezustandes gewarnt und dabei mitgeteilt, daß von der Sozialdemokratischen Partei Vorbereitungen im Gange seien, um der Autorität der Reichsregierung auch in Bayern Respekt zu verschaffen. Was heute ist, so wird der „Vorwärts“ aus Berlin gedruckt, noch nicht klar geworden, welcher Art die hier angeführten Vorbereitungen seien; jedenfalls wird vor allem angesichts der neuen Verschärfung der Lage, die durch die heftigen Ausfälle einzelner bayerischer Blätter gegen die Reichsregierung herbeigeführt worden ist, die Haltung der Regierung Kahr in sozialistischen Arbeiterkreisen mit gespannter Aufmerksamkeit beobachtet. Der „Vorwärts“ machte gestern im einzelnen darüber folgende Mitteilungen:

„Wir wissen, daß die Eisenbahner sich sehr ernsthaft über die bayerische Frage unterhalten. Uns ist bekannt, daß in der Pfalz die Bestrebungen, von der Münchener Regierung loszukommen, wenn sie nicht Vernunft annimmt, überall im Wachsen sind. Die derzeitige Regierung in München sollte doch nicht vergessen, daß es in dem katholischen Bayern auch unter den Nichtsozialdemokraten viele Leute gibt, die den Nord an dem katholischen Erzberger und seine Verherrlichung in bestimmten Münchener Kreisen durchaus nicht billigen. Wie wir erfahren, beraten zurzeit die Gewerkschaften Bayerns über die Forderungen, die eine Delegation der sozialistischen Parteien und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter morgen dem Ministerium Kahr unterbreiten wird. In diesem Zusammenhang ist die sozialdemokratische Partei Bayerns mit der Zeitung der U. S. F. D. in Verbindung getreten. Die sozialdemokratische bayerische Landtagsfraktion tritt morgen zu einer Beratung zusammen.“

Württemberg und die Notverordnung g.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die württembergische Staatsregierung hat sich in einer Kabinettsitzung mit dem Erlaß der Reichsregierung betreffend den Schutz der Verfassung befaßt. Sie ist der Ansicht, daß das Vorgehen der Reichsregierung durchaus verfassungsmäßig ist, in der allgemeinen politischen Entwicklung der letzten Zeit seine Rechtfertigung finde und im übrigen nach allen Seiten hin gleichmäßig gilt. Eine vorherige Fühlungnahme mit den einzelstaatlichen Regierungen hätte allerdings auch die württembergische Regierung für erwünscht erachtet. Die Reichsregierung wurde von dieser Auffassung verdrängt.

Eine Richtigstellung durch den Reichskanzler.

Wie die Berliner Abendblätter melden, hat der Reichskanzler auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Geh. Rat Nieber betreffend Äußerungen des Kanzlers über das Großkapital in seiner Rede am Sonntag in einem Brief an Nieber geantwortet:

Angriffe gegen das Großkapital seien fernerseits überflüssig nicht erfolgt, da er vom Großkapital nicht gesprochen hätte. Er habe vielmehr von einer Epoche des Hochkapitalismus gesprochen, der sich im wilden Vortausend der letzten Wochen und Monate geäußert habe, und habe an der Spekulationswut gezeigt, wie weit die Spekulation vom Gedanken der Gemeinschaft und des Vaterlandes sich fern hält. Ferner habe er auch auf einen Satz, der im Berliner Tagblatt gestanden hat, hingewiesen, in dem auf den ungeheuren Egoismus der Devisenbesitzer hingewiesen war.

Deutsche Volkspartei und Zentrum.

Die „Zentrumsparlaments-Korrespondenz“ beschäftigt sich in einem Artikel mit der Frage des Wiedereintritts der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung und sagt:

Die Ausführungen der Abgeordneten Stresemann und Kahl scheinen uns eine Gewähr dafür zu bieten, daß es endlich gelingen wird, was die Zentrumsfraktion in den letzten Jahren herbeizuführen beabsichtigt war: Die Zusammenfassung aller im wertvollen Leben stehenden Kräfte unseres Volkes. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei ist um so bedeutsamer, als im Reichstage die bereits erwähnte Entscheidung über die Steuerfragen bevorsteht. Nun kommt es ja allerdings nicht nur auf die Volkspartei, sondern auf die Sozialdemokratie an. Aber auch innerhalb dieser Partei haben offenbar diejenigen Kreise an Einfluß gewonnen, die zu einer Zusammenarbeit mit der Volkspartei im Rahmen der bisherigen Koalition bereit sind. An dem guten Willen der Deutschen Volkspartei ist nach den erwähnten Ausführungen kein Zweifel mehr zulässig. Es ist zu hoffen, daß die verständigen und vernünftigen Kreise innerhalb der Sozialdemokratie in der Lage sind, gegenüber jenen Kreisen ihrer eigenen Partei, die sich nicht über den engherzigen Parteistandpunkt erheben, die Parteinteressen hinter das Gesamtwohl zu stellen.

„Unfähig zum Kolonisieren“.

Das Versailler Friedensdokument hat Deutschland seiner Kolonien beraubt. Die Ungerechtigkeit dieser Maßnahme hat man auf eigenartige Weise zu begründen versucht. Vornehmlich die Zerstückelung Frankreichs hat sich nicht genug tun können, immer wieder die im Friedensvertrag angeführten Gründe für den Raub der deutschen Kolonien in der Öffentlichkeit breit zu treiben. Danach soll es die Unfähigkeit Deutschlands zum Kolonisieren gewesen sein, aus der heraus man die Wegnahme der deutschen Kolonien zu rechtfertigen suchte. „Deutschlands Unfähigkeit zu kolonisieren, seine grausamen Verwaltungsmethoden, seine mangelnde Fürsorge für die eingeborene Bevölkerung“, so lautet die Scheingründe, die von seiten der Entente ins Feld geführt wurden, um die Ungerechtigkeit ihrer Maßnahmen zu verhüllen, aber wie es immer geht, mit Behauptungen, die unhaltbar sind, so geschah es auch dieses Mal.

Frankreich selbst hat die im Friedensvertrag enthaltenen Gründe nunmehr lägen gestraft, denn in dem französischen Gesandtschaftsbericht über die Ausbarmachung der französischen Kolonien wird nach der Veröffentlichung im „Journal officiel“ über die Tätigkeit der Deutschen in den Kolonien just das Gegenteil von dem ausgesagt, was das Versailler Dokument behauptet. Am Anhang Nr. 2449 heißt es: „Die Deutschen hatten in Logo Schulen und Krankenhäuser gebaut, die gut eingerichtet waren und gegenwärtig vollkommen genügen. Die normalen etatsmäßigen Einnahmen werden ausreichen, den guten Betrieb zu unterhalten, aus diesem Grunde wurden Umbauten von Schulen und Krankenhäusern in dem vorliegenden Entwurf nicht vorgesehen. Das von den Deutschen in Kamerun eingerichtete ärztliche Hilfsnetz stand zweifellos auf bedeutender Höhe, jenseits hinsichtlich der sanitären Einrichtungen als auch des technischen Personals.“

So heißt es heute, wo man die deutschen Kolonien „annektieren“ hat. Die Franzosen haben damit die Begründung des Friedensvertrages selbst widerlegt.

Falschmeldungen aus dem besetzten Gebiet.

Vom Rhein wird der „Vorwärts“ geschrieben: Schon seit längerer Zeit besteht in unterrichteten Kreisen des besetzten Gebietes der Verdacht, daß von gewisser Seite bewußte falsche Meldungen, die Ausbreitungen oder sonstige Vorgänge bei den Besatzungstruppen betreffen, in die Presse zu lancieren versucht werden, um dann mit großem Aufwand, besonders im Ausland, die Verlogenheit der deutschen Propaganda gegen die Besatzungstruppen des Rheinlandes darzutun. Vor solchen Nachrichten kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden. Neuerdings werden beispielsweise mit den Vorzeichen TU (Telegraphen-Union) Meldungen verbreitet, die keineswegs zutreffen, so eine Mitteilung vom 10. August, die besagt, daß in der Umgegend von Trier farbige Truppen gemeutert und dabei einen französischen Offizier erschossen hätten. Eine ähnliche Meldung wird aus Eschweiler verbreitet. Diese Nachrichten sind falsch. Zuweilen handelt es sich um verhältnismäßig harmlosere Irrtümer. So ist durch WZ und U vor kurzem die Nachricht verbreitet worden, daß der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitgeteilt habe, daß für das gesamte besetzte Gebiet im Laufe des Rechnungsjahres „rund 3000 Offiziers- und rund 14 000 Unteroffizierswohnungen zur Ausführung genehmigt worden seien und daß im Rechnungsjahr 1922“ weitere Wohnbauten in großer Zahl errichtet und die Mittel im Haushaltsplan angefordert werden sollten. Auch hier handelt es sich um eine Falschmeldung. Vom Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete ist diese Meldung nicht ausgegangen. Außerdem sind die zahlenmäßigen Angaben falsch. Richtig ist vielmehr, daß bis zum Ende des Jahres 1921, seit Beginn der Besetzung, der Bau von 3000

Offizierswohnungen genehmigt worden ist, die teils vollendet, teils im Bau, teils noch zu errichten sind. Für Unteroffizierswohnungen ist bisher der Bau von 1446 Wohnungen genehmigt, 600 weitere bis Ende 1921, so daß im ganzen der Bau von 2046 Unteroffizierswohnungen genehmigt worden ist.

Diese wirklichen Zahlen sind schärfen genaug. Sie bedeuten schon eine überstarke Belastung der deutschen Finanzkraft und mindern entsprechend die Fähigkeit der Reparationsleistung. Übertreibungen haben keinen anderen Erfolg, als daß sie die natürliche Wirkung der Wahrheit abschwächen.

Forderungen der ehemaligen Kriegsgefangenen.

Auf dem dritten in Leipzig abgehaltenen Bundestag der Reichsvereinigten ehemaligen Kriegsgefangener wurde in einer Entscheidung von den zwischen ihrer Bundesleitung und den Reichsbehörden getroffenen Vereinbarungen über den Ausgleich in der Röhnungsfrage Kenntnis genommen. Weiter heißt es in der Entscheidung: „Es ist den Vertretern nicht leicht geworden, sich dieser Vereinbarung zu fügen, weil die in den Reihen der ehemaligen Kriegsgefangenen herrschende Not durch ihre späte Rückkehr in die Heimat immer noch eine sehr große ist. Auch haben wir Kriegsgefangene die teilweise Auszahlung des uns als Soldaten zustehenden Soldes von jeher als ein Recht angesehen, das man uns als Soldaten zweiter Klasse betradachtet hat. Wir wurden an der Front und nicht in der Stape gefangen genommen. Wir wollen aber die von der Regierung vorgeschlagene Lösung annehmen, weil wir in der Zeit, wo die innere Einheit unserer Heimat aufs schwerste durch Parteihader gefährdet ist, nicht zu denen gehören wollen, die unsere Volksgenossen machen. Wir haben in der Not der Gefangenschaft gelernt, daß nur kameradschaftlicher Zusammenhalt und opferwilliger Gemeinschaftsinn zum Ziele führen. Das möge auch unserem Volke als Leitern dienen. Die aber, die in unserer Heimat auf unredlichem Wege während des Krieges und während der Revolution unheimliche Gewinne erworben haben, müssen sich ein Beispiel an den ehemaligen Kriegsgefangenen nehmen, die freiwillig auf ihre Rechte verzichtet, die ihnen eigentlich zustehen.“

England und Frankreich.

Das Pariser Kabinett hat die Anerkennung des Pariser Abkommens über die Reparationen verweigert. In London ist man darüber überrascht. Die Franzosen sprachen von der baldigen Abhaltung einer neuen Finanzkonferenz. Die anderen Alliierten seien jedoch der Ansicht, daß es vollkommen überflüssig sei, eine Konferenz nach der anderen abzuhalten, um das zuzunähe zu machen, was zuvor beschlossen worden sei, weil ein Mitglied es sich anders überlegt habe.

Die „Times“ erkennen in einem Leitartikel an, daß Frankreich das Recht bleibe, direkte Abrechnungen mit Deutschland zu treffen. England wolle ihm keineswegs die Vorteile, die es aus dem Wiesbadener Abkommen ziehe, borenthalten, es sei jedoch der Ansicht, daß Frankreich unter diesen Umständen schwerlich mit unbedingtem Nachdruck auf der strikten und buchstäblichen Anwendung des Versailler Vertrages in jedem anderen Hinsicht bestehen werde.

Kurze polit. Nachrichten.

Der Schutz der persönlichen Ehre des Politikers. Wie das „Berliner Tagblatt“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sind bereits Vorarbeiten im Gange zur Schaffung einer Novelle zum Strafgesetzbuch, die sich mit dem Schutz der persönlichen Ehre parlamentarischer und politischer tätiger Persönlichkeiten beschäftigt.

Besprechungen der Deutschnationalen mit der Reichsregierung. Die Münchener Blätter melden, daß nach der Rückkehr vom Münchener Parteitag die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei und der Vorstand der Reichstagsfraktion an die Reichsregierung herangeraten sind, um bei ihr wegen der letzten Maßnahmen vorstellig zu werden. Gestern abend fand eine Besprechung mit der Reichsregierung statt, an der seitens der Partei Abgeordneter Hergt, Graf Westarp und Schiele teilnahmen.

Ein neuer Heiliger. Auf dem Deutschnationalen Parteitag gelobte dessen Vorsitzender, Herr Hergt, daß alle Deutschnationalen in allen Gefahren hinter Gelferrich als ihrem Bannerträger stehen und schlöß; „Wesse dem, der Gelferrichs geheiligte Persönlichkeit zu nahe treten sollte.“ Die „Vorwärts“ bemerkt dazu ironisch: „Herr Hergt erweist Gelferrich die Gelferrichsprechung. Aber abgesehen davon, daß Herr Hergt dazu der Beruf fehlt, hat es auch sonst keine Schwierigkeiten. Heilig gesprochen kann man nur werden, wenn man sehr lange tot ist. Gelferrich aber lebt, ist auch nicht scheinbar, und könnte daher, was immer auch sonst die Ehrung empfehlen mag, nicht einmal — heimlich gesprochen werden.“

Frankenwährung im Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebietes hat dem Bürgermeister von Saarbrücken mitgeteilt, daß ab 1. April 1922 auch die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Kommunalverbandes in Franken entlohnt werden müßten. Die Kommunalverwaltung wurde angewiesen, für entsprechende Frankeneinkünfte Sorge zu tragen. Ab 1. April 1922 werden die Steuern und Zahlungen für die Entnahme von Gas, Wasser und Elektrizität in Frankenwährung erhoben.

Ein Ultimatum der Alliierten an Ungarn. Wie der „Neuen Freien Presse“ gemeldet wird, haben die alliierten Mächte der ungarischen Regierung ein befristetes Ultimatum überreicht, in welchem die sofortige Räumung des ganzen laut Friedensvertrag an Deutschland abzutretenden Gebietes (Burgenland) verlangt wird. Das Ultimatum läuft am Dienstag um 12 Uhr nachts ab.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die Tagesordnung der 1. Sitzung am Donnerstag, den 15. September, vormittags halb 10 Uhr weist folgende Punkte auf: Anzeige neuer Eingänge. Sodann Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf einer badischen Gemeindeordnung (Druck. Nr. 96), samt einschlägigen Gesuchen, Berichterstatter Abgg. Straub, Ged. Dr. Leier.

„Aus der Karlsruher Beamenschaft“.

Unter dieser Überschrift erschien, so wird uns von unterrichteter Seite geschrieben, in Nr. 107 des Karlsruher Resonanzanzeigers vom 6. Septem. r eine Notiz über eine angebliche Beförderung des Sekretärs Heinrich Klump, die so aber nicht ist, daß sie einer ernsthaften Berücksichtigung kaum wert erscheint. Dennoch verdient die Meldung an dieser Stelle festgenagelt

zu werden, zeigt sie doch ganz abgesehen von ihrem unzureichenden Inhalt, schon in ihrer tendenziösen Aufmachung, in welcher unantworblicher Weise immer wieder versucht wird, die Bestimmung gegen die Regierung, namentlich in den Kreisen der Beamtenschaft, hervorzurufen.

In der Notiz wurde behauptet, dem Verwaltungshof sei eine neue Abteilung für die Angelegenheiten der Kriegstrüppel angegliedert und zu deren Vorstand der bisherige Sekretär Heinrich Klumpff ernannt worden. Damit sei Sekretär Klumpff den Geheimräten Rebe und Siebert gleichgestellt. Diese Meldung ist von Anfang bis zu Ende frei erfunden. Eine solche Abteilung ist dem Verwaltungshof nicht angegliedert. Herr Klumpff ist nach wie vor beim Verwaltungshof auf Tarifverträge als Registrator beschäftigt. Die Unsinngleichheit dieser Meldung geht auch aus der Tatsache hervor, daß Geheimrat Rebe, auf den Bezug genommen, schon mehr als 3 Jahre im Ruhestand lebt!

Es wäre interessant zu erfahren, aus welcher Quelle der Meißenerzeitung diese frei erfundene und dazu noch höchst wichtige Nachricht geschöpft hat. Sauber kann diese Quelle auf keinen Fall sein, denn jeder der noch etwas Verantwortungsgewißheit hat, setzt eine solche Tatarennachricht nicht in die Welt, ohne vorher wenigstens den Versuch zu machen, sich über den angeblichen Fall an zuverlässiger Stelle Aufschluß zu verschaffen.

Erzbergers Mörder in der Schweiz?

Die L. L. entnimmt einer ihr mit Namensnennung zugegangenen Zuschrift über die vermeintlichen Attentäter von Grischbach. Der Schreiber fuhr am Montag, den 20. August mit dem Personenzug 6.20 Uhr vormittags ab Achern nach Freiburg 3. Klasse. In seinem Abteil befanden sich zwei junge Männer. Die Beschreibung derselben stimmt mit den von der Staatsanwaltschaft Offenburg gemachten Angaben überein. Die Beiden legten ein unsicheres Benehmen an den Tag, besonders fiel der jüngere von ihnen dadurch auf. Der Schnellzug nach Berlin mußten sie mit einiger Behmut, wie sie denn auch der Sprache nach Berliner zu sein schienen. Sie stiegen in Freiburg aus, hatten keinen Korb und waren ortsunkundig, da sie eine Landkarte benutzten. Ihrem Aussehen nach hatten sie mehrere Tage im Freien genächtigt. Sie sprachen nur wenige Sätze; so sagte der eine: „Laf Berlin sein.“ In Freiburg studierten sie den Fahrplan der Züge nach Basel.

Schacher mit deutschen Mädchen.

Der St. Raphaelerverein in Freiburg veröffentlicht folgende Warnung:

Im vorigen Jahr konnten wir auf Grund deutsch-südamerikanischer Zeitungen von einem deutschen Seiratsvermittler berichten, der in selbstloser Weise deutschen Kolonistenjungen in Südamerika zu deutschen Frauen verhelfen wollte. Er spielte sich darin als Fürsprecher deutscher Mädchen auf, die ihn gebeten hätten, für sie drüben einen Gatten zu suchen. Bewerber möchten sich an ihn durch die betreffenden Zeitungen wenden. Unsere Warnung vor derartigen Seiratsangeboten wurde damals von der deutschen Presse hier und drüben bereitwillig aufgenommen, galt es doch, die Unerschaffenheit und die Abenteurerlust von schlimmen Schritten zurückzuführen und den deutschen Kameraden vor Schändung zu warnen.

Der „Fürsprecher der deutschen Damen“ hat es darum vorgezogen, sich ein anderes Feld seiner edlen Tätigkeit auszuwählen. Aus dem Brief eines englischen Australiers erfahren wir nun, daß sich derselbe J. Stahl in australischen Zeitungen zur Vermittlung von Seiratsangelegenheiten zwischen deutschen und australischen jungen Männern anbietet. Der englische Briefschreiber, der es offenbar gut meint, weist auf die ganze Gemeingefährlichkeit derartiger Geschäftsunternehmen hin.

Ist es nicht geradezu beschämend, daß wir diesmal von einem Fremden auf solchen widerlichen Schacher hingewiesen werden müssen. Daß es Deutsche gibt, die ihr eigenes deutsches Blut ins Ausland verkaufen und verschachern mögen, ist so selbstverständlich, daß man solche Namen nicht einmal nennen sollte. Wir warnen alle deutschen Frauen und Mädchen auf das eindringlichste allen solchen offenen und versteckten Angeboten nachzugehen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrshemmer.
Die Annahme von Eis- und Frachttariffen nach Leipzig 1. d. M. 1921, Leipzig Verl. W., Leipzig Eisenb. W., Leipzig Guttschlag, Leutzsch und Schönefeld (Dir. Bez. Halle) ist gespart. Zur Beförderung zugelassen sind leichtverderbliche Güter. Ferner besteht eine Ausnahmeperipherie für Eis- und Frachttariff (Stückgut und Ladungen) nach W i n d e n (Weiskalen) Ort und zum Übergang auf die Mindener Kreisbahn; ausgenommen sind nur Lebensmittel, Arzneimittel und Güter für Anschlußbesteller.

Itzehheimer Renntag.

Von Inge Karsten.

Rechter Renntag. Massenjugend. Das Gedränge um den Totalsator übersteigt noch bei weitem den Andrang der vorhergehenden Tage.

Wie ein Fieber liegt es im Blut. Nur wenige, die besonnen bleiben. Es wird verloren, wie an keinem Tage zuvor.

Dieser Renntag ist reich an unliebsamen Überraschungen. Pirat, ein alter Knecht, totschick — bricht zusammen. Ein Schrei aus tausend Kehlen. Hoffnungen brechen zusammen. Keine Zeit, dabei zu verweilen. Weiter. Sambur, Sambur mach's. Schreien, Brüllen, Weiskalnschreien. Er bringt eine hohe Quote. Nur wenige die auf ihn gefest.

Vergessen, daß nur einige Meter davon auf dem grünen Rasen ein Mensch vielschneid mit dem Tode ringt, daß ein edler noch feuriges Pferd, die Hoffnung von Tausenden, verendet liegt. Allerhöchsten Ärger und Mut über die Enttäuschung.

Weiter. Das nächste Rennen muß den Verlust einbringen. Die Tribünen entleeren sich. Neues Gedränge um den Totalsator.

Man interessiert sich insofern füreinander, als man gute Tipps zu erhaschen sucht. Man hört mit tausend Ohren; man schreit umeinander herum.

Rufen, Jodeln und Pferdenamen schwirren in der Luft. Mathematische Berechnungen werden angestellt. Stallwetten gemacht. „Aus welchem Stall?“, „Platz oder Sieg?“

Lebensfrage. Erststanzfrage. Ob der vorhin Gestürzte wohl schon tot? Wer fragt in diesem Augenblick danach?

Es geht jetzt um mehr als um ein armeliges Menschenleben. Es geht ums Geld, ums Glück, ums eigene Ich! Die Startklode löst. Alles drängt zur Tribüne. Die Gläser fliegen ans Auge.

„Gradiß führt, Anafreon bleibt zurück, Tränmer machts“, schreit er durcheinander.

Es schreit und brüllt auf den fliegenden Reiter ein, peitscht ihn mit Zurufen vorwärts. „Brabo, brabo!“

DZ. Festlegung der Löhne in der Metallindustrie. Wie die „Volkswacht“ meldet, waren dem Schlichtungsausschuß am 6. September die neuesten Lohnforderungen der Metallarbeiter Südbadens zur Entscheidung unterbreitet. Nach längerer Aussprache wurde eine grundlegende Einigung in der Lohnfrage erzielt. Die Vertreter der Arbeitgeber waren mit der Rücküberlegung der zweiten und dritten Lohnperiode um 14 Tage einverstanden. Der Verhandlung wohnten außer den Arbeitgebervertretern des christlichen und des deutschen Metallarbeiterverbandes an.

Tarifliche Schiedsgerichtsentscheidungen. Am Montag tagte das tarifliche Schiedsgericht für das Schuhmachergewerbe und gestrichelte dasjenige für die Papiereindustrie auf dem Gewerbeaufsichtsamt. Für beide Fälle kamen Lohnhöhen ab 1. September vorläufig auf zwei Monate zustande. Diese betragen im Schuhmachergewerbe 85—75 Pfennig und in der Papiereindustrie 20—75 Pfennig für September bezw. 25—90 Pf. für Oktober pro Stunde.

DZ. Beleidigung von Betriebsräten. Ein Fabrikant in Säckingen hat H. „Volkswacht“ den Ausdruck gebraucht, alle Betriebsräte seien Lumpen. Er mußte diese Beleidigung in einer Betriebsraterversammlung zurücknehmen und 1500 M. Buße an die Armenkassen Säckingen und Wehr bezahlen.

DZ. Rekl. 3. Sept. Der Generalstaatsanwalt in Elsaß-Lothringen wird bis zum 15. September eine Liste derjenigen deutschen Möbel aufstellen, deren Eigentümer bisher die Aufhebung der Zwangsverwaltung noch nicht beantragt haben. Ähnliche Listen wurden bereits vor einigen Monaten von den französischen Behörden der Möbelausfuhrkommission in Rekl zur Verfügung gestellt, die die Namen der Eigentümer wiederholt in den „Elsaß-lothringischen Mitteilungen“ (Berlin W. 3, Lindenstraße 34) veröffentlicht hat. Sobald die neuen Listen der Kommission zugegangen sind, wird eine nochmalige Veröffentlichung erfolgen. Eigentümer, die darauf keinen Antrag auf Freigabe ihres Haushalts bei der Möbelausfuhrkommission in Rekl stellen, haben dessen Verankerung durch die Zwangsverwaltung ohne Anspruch auf Ersatz zu gewärtigen.

DZ. Donauerschiffen, 3. Sept. Eine Firma in Staufen erhielt, wie von dort berichtet wird, die ersten Steinkohlen aus dem neu eröffneten Steinkohlenlager bei Donauerschiffen. Die Qualität sei sehr zufriedenstellend.

DZ. Meersburg, 5. Sept. Am vergangenen Samstag vormittag hatten sich auf Einladung des Bürgermeisters Dr. Doll von Meersburg die Bürgermeister der am See gelegenen Gemeinden zu einer Besprechung über den Winterfahrplan des Bodenseebahnverkehrs zusammengefunden. Der Landtagsabgeordnete Mann referierte über den neuen Winterfahrplan, der für den Bodensee bedeutende Einschränkungen bringen soll; besonders würde der Verkehr im Überlinger See nahezu stillgelegt. Die Versammelten waren einstimmig der Ansicht, daß die bisherige Schiffskurve auch im Winter beibehalten werden müßte. An die Regierung in Karlsruhe wurde eine entsprechende Resolution abgefaßt.

DZ. Konstanz, 4. Sept. Die Gehilfen des hiesigen Schneidergewerbes haben sich mit dem Angebot der Arbeitgeber von 15 Prozent auf die bestehenden Löhne einverstanden erklärt.

DZ. Konstanz, 6. Sept. Auch Konstanz hat nun eine „Theaterreise“. Die Konstanzener Mütter beschäftigen sich ausschließlich mit den Gründen, die zur Wahl des neuen Theaterdirektors in Konstanz geführt haben. Es wird dabei betont, daß die Gründe nicht rein sachlicher Natur waren. Es sei merkwürdig, daß verschiedene anerkannte Theaterdirektoren und Intendanten, die sich um die Stelle bewarben, nicht berücksichtigt wurden, daß die Wahl vielmehr auf den Spielleiter einer wenig bedeutenden Bühne gefallen sei. Inwiefern diese Begründungen begründet sind, entzieht sich unserer Kenntnis. — (Nach der früheren Intendant des Stadttheaters in Freiburg hatte sich übrigens um die Stelle beworben.)

Aus der Landeshauptstadt.

Die Modeshau der Karlsruher Herbstwoche.

Am 23. und 24. September 1921 findet im großen Saale der Festhalle eine Modeshau, eine Modeshau und ein Modeschauausstellung statt.

Die Modeshau umfaßt eine Hochausstellung aller Karlsruher Herren- und Damenmodegeschäfte und eventuell verwandter Branchen. Zu diesem Zwecke wird die Festhalle in Kojen eingeteilt, die in einheitlicher künstlerischer Art bemalt werden. Verkauf findet keiner statt. Die Modungen sind so zahlreich, daß voraussichtlich die Galerie auch zu Kojen ausgebaut werden muß. Tagsüber ist die Ausstellung gegen mäßige Gebühren zur Besichtigung geöffnet.

Bei den Abendveranstaltungen der Modeshau werden die neuesten Moden (Damenmoden) durch elegante Probierdamen getragen und vorgeführt. Ein Anführer verkündet jeweils die

Hersteller der Kostüme. Bei diesen Abendveranstaltungen kommt das Modeschauauspiel „Die Zwillingsschwester“ der bekannten Schriftstellerin Vera Bern als Erstaufführung zur Durchführung. Die Bühne, welche der Karlsruher Theatermaler Burkhardt errichtet, ist eine moderne Stilbühne. Die Kostüme werden von Karlsruher Firmen gestellt. Die Mitwirkenden sind Karlsruher Schauspieler und Schauspielerinnen.

Am 23. September, abends 9 Uhr, findet im kleinen Saale der Festhalle eine Reunion unter der Leitung des Herrn Ballettmeisters Maggi statt. Zutritt nur im Vollkostüm. Als Überraschung: Tanzvorführungen. Für Saal- und Tanzmusik bei allen Vorstellungen sorgt Konzertmeister Rudolf. Im großen Saale findet Wirtschaftsbetrieb statt während den gesamten Veranstaltungen.

Heimkehrer aus Avignon. Montag nachmittag sind wieder um drei deutsche Kriegsgefangene aus Avignon hier eingetroffen, die auf Grund des Dekrets der französischen Regierung vom 10. August begnadigt worden sind. Die drei Heimkehrer, Paul Kohl aus Friedrichshagen bei Berlin, Däne aus Kriegsdorf bei Wertheim, und Richard Storch aus Wiehe an der Anstalt, kamen gestern morgen in Mannheim an, wo sie an der Rheinbrücke vom Geschäftsführer des Volksbundes zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen, Herrn Theis, Mannheim, empfangen wurden. Nach Bewirtung im Arkadenhof erfolgte die Weiterfahrt nach Karlsruhe, wo nach Erledigung der Formalitäten gestern ihre Entlassung erfolgte. Die Zurückgeführten wurden nach ihren Angaben wegen ganz geringfügiger Urkunden in Avignon zurückgehalten. Seltlich haben die Leute furchtbare Qualen ausgestanden.

Kommunalpolit. Rundschau.

DZ. Der Verusbürgermeister der Stadt Homburg hat als einer der ersten des Saargebietes die Forderung gestellt, seinen Gehalt in Franken zu beziehen. Auf Grund des Anstellungsvertrages mußte das Ansinnen genehmigt werden. Das Gehalt des Bürgermeisters steigt dadurch bei dem jetzigen Frankentkurs um etwas mehr als das Doppelte. Die Organisation der Gemeindebeamten des Saargebietes hat sich bisher gegen die Einführung der Frankennährung ausgesprochen.

DZ. Offenbach, 5. Sept. Für jeden über die Kopfzahl der Familie hinausgehenden Raum ist hier Grundsteuer zu zahlen. Sie stellt sich für 4 Prozent bei 1000 M. Mietswert bis auf 30 Prozent bei 7000 M. und mehr.

Badische Gemeindefchau.

Die Generalversammlung des Strombezugsverbandes Waldshut-Bonnard-St. Blasien fand, so wird uns berichtet, am vergangenen Samstag im katholischen Seelenhaus zu Waldshut statt; die Versammlung war von den Verbandsgemeinden aus allen 8 Amtsbezirken sehr zahlreich besucht; ebenso wohnten derselben auch die Herren Oberamtmänner vom Bonndorf und St. Blasien sowie Herr Oberreviseur Hele vom Bezirksamt Waldshut. Der Kreis Waldshut war durch Herrn Rechtsanwalt Siebert und Herrn Bürgermeister Trunzer-Säckingen vertreten.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Verbandsvorsitzenden Bürgermeister Frey wurde zunächst der Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr erlesen. Daraus ist u. a. zu entnehmen, daß an den Verband 106 Gemeinden, Gemarkungen und Großabnehmer bisher angeschlossen sind; weitere 7 Anträge sind im Bau. Wenn diese fertiggestellt sind, wird der Ausbau des Verbandes vorerit erledigt sein. — Als Reserve, beim Verlangen des Kraftwerkes und zur Verbesserung der Stromversorgung ist die Aufstellung einer großen Stromerzeugungsmaschine von 750 PS in Arbeit, die voraussichtlich anfangs Dezember in Betrieb genommen werden kann. Eine sehr lange und lebhaft ausgeführte Aussprache verursachte die Feststellung der Gewinnverteilung; schließlich wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Anteile der Gemeinden mit 6% bezw. 2 1/2% zu vermindern und den Rest des Überschusses mit 322 2/3 M. zu Abschreibungen zu verwenden. Der weitere Punkt der Tagesordnung: Entloftung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung fand nach kürzerer Aussprache, bei der auch verschiedene Anfragen und Klagen vorgebracht wurden, einstimmige Annahme. Der Verbandsvorsitzende dankte bei dieser Gelegenheit dem Aufsichtsrat, dem Kreis, der Geschäftsführung und insbesondere auch Herrn Oberamtmann Dr. Reichold-Bonnard für die im vergangenen Jahre geleistete, schwierige und umfangreiche Arbeit; Herr Bürgermeister Trunzer-Säckingen schloß diesen Dankesworten lebhaft an. — Neu in den Aufsichtsrat wurde gewählt Herr Fabrikant Emil Mann-Waldshut. Eine Reihe weiterer Punkte der Tagesordnung, die innere Verbandsangelegenheiten betrafen, fanden ebenfalls glatte Erledigung.

Händeklatschen, Siegestaumel, Verwünschungen! Der Blick voll Spannung gerichtet auf die Siegesquote. Kurze Atempause.

Es beginnt das Rennen um Speisen und Getränke.

Man hat einen flüchtigen Blick für Toiletten, bizarr geformte Sonnenschirme, schöne Frauen, spanische Tücher, kostbare Haarlampe; das Auge ruht einen Moment aus auf den sanft geschwungenen Schwarzwaldböden, die, in matts Blau und Grau gefärbt, sich silhouettenhaft fein am Horizont entlang ziehen. Nur der Batterei im Vordergrund hat kräftigere Farböne.

Auf den die Nasenfläche abschließenden Abhängen wimmelt es wie von tausend Ameisenhaufen.

Eine lobende Menschentribüne. Ein flüchtiger Vergleich kommt mit der Verpredigt. Kühne Kombinationen hier, wo doch viel eher der Teufel das Wort führt.

Keine Zeit zum Philosophieren.

„Worauf setzen Sie?“

Es geht um den „Großen Preis von Baden“. Offian gegen Ordensjäger und Lorbeer. Alle drei haben sie Chancen.

Man wird wieder zur Rechenmaschine.

Jetzt — das letzte Rennen.

Dies muß alles wieder einbringen.

Es gilt.

Corfar, Hunding, Kaufbold.

Schwere Tiere.

Man geht am besten auf Platz und Sieg.

Die Startklode löst.

Hunding wirft seinen Reiter ab und scheidet aus. Corfar geht durchs Ziel.

Die Erregung hat den Siedepunkt erreicht.

Nicht endenwollendes Weisheitsgebrüll. Verwünschungen werden ausgesprochen, Empfindungen ausgetauscht, Wenn's und Aber erwoogen.

„Wenn man nicht auf den andern gehört, sich auf sich selbst verlassen hätte, wenn, — wenn.“

Alles drängt zu den Jagen, löst, pfeift und schießt sich durch die viel zu engen Barrieren.

Drüben wird der Kadaver des edlen Renners aufgeladen.

Noch einmal flüchtiges Bedauern, aufsteigende Wut.

Der Zug pfeift.

Noch ein Blick hinüber zu den stillen Höhen, dem verbotenen Rennplatz.

Der Kopf schwindig, das Herz allmählich in ruhigeren Rhythmus übergehend, der Beutel leer oder gefüllt, — je nach dem.

Ein Stück Leben gedrängt zwischen Bahnsperre und Rennbahnranken in Leidenschaft und Hochspannung, und nun wieder Gleichmaß, Alltag, Arbeit.

Landestheater. Die Generaldirektion des Badischen Landestheaters teilt mit: Für den einführenden Vortrag über Goethes „Urkant“ (Goethes „Faust“ in ursprünglicher Gestalt), der am 11. September, morgens 11 1/2 Uhr, in der Wandelhalle des Badischen Landestheaters stattfindet, wurde vom Theaterkulturverband der Literarhistoriker der Karlsruher Hochschule, Herr Professor Dr. Karl Hall, gewonnen. — (Herr Professor Dr. Traumann-Heidelberg, dessen Name zuerst genannt wurde, ist aus gesundheitlichen Rücksichten zurzeit nicht in der Lage, auswärtige Vorträge zu übernehmen.)

Die schon im Jahre 1920 eingeleiteten Arbeiten zur Verbesserung der bühnentechnischen Einrichtungen sind in diesen Ferien fortgesetzt worden, es ist nunmehr ein allen modernen Anforderungen entsprechender fahrbarer Rundhorizont mit elektr. Antrieb und der dazu gehörigen Beleuchtung eingebaut worden. Der Rundhorizont ist von ganz weicher Grundfarbe, nimmt aber durch die verschiedenartige Beleuchtung alle nach der erstrebten Lichttönung wünschenswerte Färbung an. Die Vorteile werden sich in einer technischen Vereinfachung und künstlerischen Vervollkommenung des Bühnenbildes und auch in Ersparnismöglichkeiten offenbaren. Die neuen Einrichtungen werden in den Neueinstudierungen von „Don Carlos“ am kommenden Samstag, den 10. September und in „Fidelio“ am Sonntag, den 11. zum erstenmal in Erscheinung treten.

DZ. Karlsruhe, 3. Sept. Nachdem nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsministers trotz eindringlicher Vorstellung von Seiten des Stadtrates das ehemalige Garnisonlazarett an die Stadt zwecks Verwendung für den Jamnischen Pfandnerhausfonds abgelehnt wurde, wird der Stadtrat nun an Reichstagsabgeordnete der fünf Parteien herantreten, um eine Auflösung des bestehenden Mietvertragsverhältnisses und Freigabe des Lazarettes zu erwirken. Das Garnisonlazarett wird zurzeit als Reichsranfhaus benützt.

DZ. Göttingen, 6. Sept. In der letzten Bürgerausdehnung wurde eine Vorlage betr. „Geländeverkauf an die Baugenossenschaft“ einstimmig genehmigt, wonach vom Schächeracker vorläufig circa 32 Ar an die Baugenossenschaft verkauft werden. Der Kaufpreis soll zwei Mark pro Quadratmeter betragen. Drei Doppelwohnhäuser, die für 6 Familien Unterkunft bieten, sollen erstellt werden, jedes Anwesen mit einem größeren Stück Gartengelände. Die Erstellung dieser drei Doppelhäuser wird einen Aufwand von 424 000 M. erfordern. Ein Antrag „Aufnahme eines Darlehens bei der Bezirksparität Donauauehingen“ in Höhe von 110 000 M. wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Das aufzunehmende Kapital soll zur Gewährung eines Baudarlehens und Zeichnung von 50 000 M. Stammeinlage bei der Baugenossenschaft verwendet werden.

DZ. Konstanz, 4. Sept. Der Bürgerausdehnung wird in seiner nächsten Sitzung neuerlich um die Bewilligung namhafter Summen ersucht werden. Man plant die Errichtung einer Turnhalle in Allmannsdorf mit einem Kostenaufwand von 143 000 Mark. Man rechnet mit der Bewilligung durch den Bürgerausdehnung, da dieser sich der Notwendigkeit von Verbesserungen für die Jugend nicht verschließen dürfte. An die Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“ soll ein Darlehen von 25 000 M. gegeben werden. Für 175 000 M. soll im Gaswerk eine Abgasverwertungsanlage erbaut werden. Diese Anlage soll die bei der Beheizung der Generatoren entstehenden Abgasstoffe ausnützen, bevor sie in den Schornstein gehen. Die Anlage wird auch eine jährliche Ersparnis von 150 000 M. für Feuerung an anderer Stelle erbringen.

Verschiedenes.

Opernfänger Joseph Mann. Während der Aufführung der Oper „Aida“ in der Staatsoper in Berlin brach plötzlich gegen 9 Uhr abends der Opernfänger Joseph Mann tot zusammen. Als Todesursache wurde ein Herzschlag konstatiert. Die Vorstellung wurde sofort abgebrochen. Mann, der von der Wiener Volksoper seinen Weg über Darmstadt nach Berlin gemacht hatte, war ein Tenorist von besonderen Qualitäten. Er sollte im Herbst in der New Yorker Metropolitan Oper singen.

Verhaftung eines Mörders. Die Kriminalpolizei verhaftete auf einem Gute in Janzin den Sohn des Besitzers, der, wie sich jetzt herausgestellt hat, vor Jahresfrist den kriegsbeschädigten Schröder erschlug und die Leiche im Garten des Gutes verscharrt hat.

Verbindung mit dem Mars? Im Laufe einer Forschungsreise Marconis mit mehreren Ingenieuren im Mittelmeer haben die Apparate der drahtlosen Telegraphie regelmäßige Wellen aufgenommen mit einer Wellenlänge von 160 000 Km. Da die längsten Wellenlängen, die auf der Erde gebraucht werden, 40 000 Km. nicht übersteigen, und da die Regelmäßigkeit dieser Wellen einen Zufall auszuschließen scheint, glaubt man, daß es sich vielleicht um Signale handelt, die von dem Planeten Mars gefandt werden.

Literarische Neuerscheinungen.

Indexziffern im Inland und im Ausland. Eine kritische Studie von Regierungsrat Dr. Emil Hofmann. (G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe). 127 Seiten. Preis 20 M. Inhaltsverzeichnis: Allgemeines. — Indexziffern von Calwer, Gieseler, Berechnungen von Kugeln, Silbergeld, Indexziffern von Schmitt, Sauerbeck, Amsterdamer, Basel, Bern, Breslauer Erhebungen; Indexziffern Haag, Halle, Hannover, Feuerungsstellen Leipzig; Indexziffern Ludwigsbafen, Mannheim, Berechnungen Nürnberg; Indexziffern Straßburg, Stuttgart, Wien, Zürich, Frankfurter Zeitung, Londoner Zeitung The Times, Neue Züricher Zeitung, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Feuerungszahlen der deutschen Gemeinden; Indexziffern der deutschen Gemeinden, des stati-

stischen Reichsamtes, im österröschischen Zollamt, Economie Board of Trade (Labour Gazette), Zeitschrift für schweizerische Statistik, America, Kanada, Frankreich, Italien, Spanien, Schweden, Dänemark, Finnland, Niederlande, Tschechoslowakei, Australien, Japan; Schlussbemerkungen.

Der Weltkrieg hatte nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland gewaltige Preissteigerungen zu Folge. Begreiflicherweise verlangten demgemäß Arbeiter, Angestellte und Beamte höhere Löhne und Gehälter. Das Ausmaß der Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung suchte man überall mit Hilfe der Indexziffern festzustellen. Hofmann hat nun in vorliegender Arbeit die verschiedenen, im In- und Ausland angewandten Methoden, wie auch die Höhe und die Bewegung der einzelnen Indexziffern dargestellt und kritisch beleuchtet. Die Schrift vermittelt dadurch eine konkrete Vorstellung bezüglich des Feuerungsgrades in Deutschland, Österreich, Frankreich, England, Italien, Amerika usw. Besonders eingehend sind Technik und Methode der deutschen Indexziffern behandelt. Wertvoll ist vor allem, daß der Verfasser nicht nur mit dem tatsächlichen Aufbau der Indexziffern sich beschäftigt, sondern auch die mangelhafte Unzulänglichkeiten in sachlicher Weise bloßlegt. Unter anderem werden auch die Befehle vom Statistischen Reichsamte veröffentlichten Reichs-Feuerungszahlen einer kritischen Würdigung unterworfen; und da diese Feuerungszahlen bekanntlich bei der Ortsklasseneinreihung eine große Rolle spielen, können die Darlegungen über die Brauchbarkeit und Verwendbarkeit dieser Indexziffern vornehmlich kommunalverwaltungen, Beamtenorganisationen usw. von großem Nutzen sein.

Allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Reichs- und Staatsbehörden, Kommunalverwaltungen, Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenorganisationen, Handelskammern, Handwerkskammern, Fabrikbetrieben, Handelsunternehmen, Rechtsanwältinnen usw., die sich mit Preisbewegung, Feuerungsfragen, Kosten der Lebenshaltung, Existenzminimum, Ortsklasseneinreihung, Lohnfragen, Gehaltsbemessung, Geldwertverteilung usw. zu befassen haben, wird dieses Standard- und Nachschlagewerk, dem dauernder Wert beigemessen ist, höchst willkommen sein.

Baubund - Möbel
WOHN- UND ESS-ZIMMER
HERREN-ZIMMER
SCHLAF-ZIMMER
KÜCHEN usw.

in solider Ausführung, den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis u. Formgebung angepaßt.

bei der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22
Eckhaus Rondellplatz Fernsprecher 6157
Täglich geöffnet vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik 3842
Karlsruhe, Kaisersstr. 128 u. Karlstraße
:: Inh.: W. Bertsch :: Bildereinrahmungen

Badisches Landestheater.
Im Landestheater. Sa. 10. Neuestudiert: Don Carlos. 5 1/2 (12.00). — So. 11. vorm. 11 1/2. In der Wandelhalle des I. Ranges. Veranstaltung des Theaterkulturverbands. Vortrag von Prof. Dr. Holl: Goethes Urfaust. (4.00. Für Mitglieder des Theaterkulturverbands und Inhaber von Eintrittskarten zur Erstaufführung halbe Preise; abends 6 1/2. Neuestudiert: Fidelio. 6 1/2 (20.00). — Die 13. Neuestudiert: Don Juan. 6 1/2 (17.00). — Mi. 14. Hildebrand. 7 (12.00). — Do. 15. Zum ersten Mal: Der Urfaust. Goethes Faust in ursprünglicher Gestalt. 7 1/2 (12.00). — Fr. 16. Alessandro Stradella, hierauf Tanzbilder. 7 (17.00). — Sa. 17. Russischer Komödienabend. Die Spieler. Die Kulissen der Seele. Der Heiratsantrag. 7 (12.00). — So. 18. Neuestudiert: Die KönigsKinder. 6 1/2 (20.00). R. 551
Im Konzerthaus. So. 11. So'n Windhund. 7 (12.20). — So. 18. So'n Windhund. 7 (12.20). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Freitag, den 9. nachmittags 1/4 4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Samstag, den 10. an.

durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Karlsruhe, 30. Aug. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Bekanntmachung.
V. 903. Bretten. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Willy Kelle aus Berlin soll eine Abschlagsverteilung stattfinden.

Dieser sind M. 379002.19 verfügbar. Zu berücksichtigen sind M. 438.30 bevorrechtigte Forderungen und M. 1211949.56 nicht bevorrechtigte Forderungen. Für die noch bestrittenen bevorrechtigten und nicht bevorrechtigten Forderungen sind von der verfügbaren Masse M. 90180.30 zurückzubehalten, der Rest für spätere Verteilung und Masseforderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann bei der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Bretten eingesehen werden.

Bretten, 6. Sept. 1921.
Der Konkursverwalter: Stellberger, Rechtsanwalt.

V. 902. Donauauehingen. Im Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Karl Kienle von Geisingen soll eine Abschlagsverteilung in Höhe von 15 Prozent der festgestellten Forderungen erfolgen. Die Summe der festgestellten Forderungen beträgt M. 55550.88; der zur Verteilung verfügbare Massebestand beträgt rund M. 8400. Das Verzeichnis

der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Donauauehingen niedergelegt.
Donauauehingen, den 7. September 1921.
Der Konkursverwalter: Schreiber, Rechtsanwalt.

Ausgebot.
V. 885. Stodach. Der Landwirt Rudolf Krazer in Bognegg als Eigentümer des Grundstücks Lgd. Nr. 380/2 der Gemarkung Bognegg und Landwirt Karl Kienz in Bognegg als Eigentümer des Grundstücks Lgd. Nr. 380/3 derselben Gemarkung beantragen, die unbekanntem Gläubiger der im Grundbuch Bognegg Bd. I Heft 20, Abt. II Nr. 19 auf Lgd. Nr. 380/2 und Band VI Heft 11 III. Abt. Nr. 1 auf Lgd. Nr. 380/3 für die verstorbenen Streszentia Bonier in Poppentzell, deren Rechtsnachfolger unbekannt sind, eingetragene Sicherungshypothek für Kaufgeld im Betrage von 85 M. im Wege des Aufgebotsverfahrens mit ihren Rechten auszuschießen.

Die unbekanntem Hypothekengläubiger werden aufgefordert, spätestens in dem auf Montag, 14. Novbr. 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht aberantunten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung der Gläubiger mit ihren Rechten erfolgen wird.
Stodach, 2. Sept. 1921.
Vob. Amtsgericht.

Verlangen Sie überall

RIEMPP
fst. geröst. Kaffee
verschied. Preislagen offen u. abgepackt

Mischung mit 10-25-50% Bohnenkaffee 1/2 Pfd. Pakete

Kaffee-Zusatz beste Rohstoffe 1/2 Pfd. Pakete

CHRISTIAN RIEMPP
KARLSRUHE
KOFFEE-IMPORT-GROSSHÄNDLER
EXSQUISITE KAFFEEFABRIK
GEWÜRZMÜHLEN

Sie erhalten Qualität!

Wir suchen geeignete Persönlichkeit als
Vertreter
im Nebenberuf
gegen feste Bezüge, Provision, auch Reisevergütung. R. 570
Concordia
Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Köln a. Rh.

Freier Glaube
Ein Bekenntnis von
Albert Segauer
Preis 6.50 Mark

Abkehr vom Christentum unserer Kirchen bedeutet nicht Verzicht auf Religion. Im Gegenteil. Unzählige Menschen unserer Tage haben sich von der Kirche abgewandt, an s Religion. Weil ihnen nicht genügt, was sie dort fanden. Ein neues, vertieftes Vertrauen — zu Gott, zur Welt, zum Menschen —, mit einem Wort: einen neuen Glauben suchen sie, einen freieren, reineren, als ihre Väter ihn bekantnen. Ihnen allen zeigt Segauer einen Weg: wahrhaft gläubig zu sein, ohne an Freiheit einzubüßen; der Natur ihr Recht zu lassen, ohne den Geist zu leugnen; Gott zu geben, was Gottes ist, ohne der Welt zu nehmen, was ihr zukommt. Dieser Weg wird uns aus den Niedrigkeiten unseres heutigen Lebens herausführen, denn auf ihm allein werden unglückliche, unbefriedigt zwischen Zweifel und Verzweiflung hin- und her schwankende Menschenseelen wiederfinden, was dem Geschlecht von heute so gut wie unbekannt ist: innere Ruhe und Stetigkeit, Friede mit Gott und Welt.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt durch den Verlag
G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag
in Karlsruhe, Baden, Karlsfriedrichstr. 14

Weizenmehl
Mais, Hafer, Mais-Idrot, Zuttermehl, Kleie, Zuttergerste, Ribbenjähnel, Körnerfutter für Säbner, Zutterweizen, Heuhäfel, Stroh, Zuttertalt u. s. w.
Preis reell u. billigt R. 571 bei
W. F. Pfeiffer
Karlsruhe
Kugartenstr. 75
Telephon 5544
Großabnehmer, Wiederverkäufer, Vereine, Gemeinden u. Erhalt. Vorzugspreise

Einfache Kleider
Unterkleidung Wäsche
143 Vorbilder zu Kleidern, Mänteln und Unterkleidung verschiedenster Art für Straße, Haus, Beruf, junge Mädchen, junge Frauen, ältere Damen.
Zusammengestellt aus der Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“
2. Auflage Preis M. 6.—
Dieses Heft wendet sich hauptsächlich an solche Frauen, die sich nicht unbedingt allen Modeveränderungen unterwerfen und darauf sehen, der ersten Zeit zufolge in ihrer äußeren Erscheinung einfach und unauffällig zu wirken.
Verlag der G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Theaterkulturverband.
Karlsruhe.
Sonntag, den 11. September, vormitt. 11 1/2 Uhr in der Wandelhalle des Badischen Landestheaters Vortrag von Professor Dr. Holl über:
Goethes Urfaust
Eintrittspreis 4 Mk. (Für Mitglieder des Theaterkulturverbandes und der Gesellschaft für deutsche Bildung bis 2 Karten zu halbem Preis). R. 567
Karten an der Theaterkasse.

V. 884.2.1 Karlsruhe. Die Photograph Emil Jakobaschke Ehefrau Monika geb. Kuttner zu Forzheim, Sofienstr. 48, Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwältin S. Fetterer und Dr. Lüdemann-Navit in Forzheim, klagen gegen ihren Ehemann Photograph Emil Jakobaschke, früher in Forzheim, jetzt auf Reisen wechselnden Aufenthalts, unter der Behauptung, daß Beklagter die Klägerin am 1. Januar 1921 verlassen, sich nicht mehr um sie kümmert, sie körperlich mißhandelt, schriftlich und mündlich beleidigt habe u. in Forzheim mit einer Frauensperson herumgezogen sei, mit dem Antrag auf kostenfällige Scheidung der am 5. März 1919 zu Forzheim geschlossene Ehe aus Verschulden des Beklagten.
Die Klägerin laßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Freitag, den 18. November 1921, vormittags 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, sich

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

St. 1. Seite 369: Marz, Friedrich, Juwelier, und Auguste geborene Ebel in Mannheim. Beitrag vom 4. August 1921. Gütertrennung.
St. 2. Seite 370: Hertler, Karl, Kaufmann, und Appollonia Maria geborene Frohde in Mannheim. Beitrag vom 1. Aug. 1921. Gütertrennung.
St. 3. Seite 371: Bachhaus, Karl, Ruffler, und Hilda geborene Nonnenmacher in Mannheim. Beitrag vom 2. August 1921. Gütertrennung.
St. 4. Seite 372: Josod, Peter, Schlosser, u. Anna Regina geborene Haas in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreis des Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.
Mannheim, 3. Sept. 1921.
Vob. Amtsgericht B.G. 4. Wosbach.

St. 5. Seite 373: Herrmann, Philipp Friedrich, Oberinspektor in Hochhausen a. R., und Karoline geb. Berner. Gütertrennung laut Beitrag v. 2. August 1921.
Wosbach, 14. Aug. 1921.
Vob. Amtsgericht.

Oberlich. St. 777
In das Güterrechtsregister Band II S. 54 wurde eingetragen: Emil Herr, Kaufmann in Oppenau, und Bertha geborene Stiefvater daselbst. Beitrag v. 29. August 1921. Erbschaftsgemeinschaft gemäß § 1519 ff. BGB. Der Frau ist das im Vertrag näher beschriebene Vermögen, auch alles Vermögen, das sie fortan durch Erbschaft oder Schenkung erwirbt, als Vorbehaltsgut erklärt.
Oberlich, 2. Sept. 1921.
Vob. Amtsgericht.

Rehl. St. 848
In das Vereinsregister wurde heute unter D.-B. 20 eingetragen: Turnverein Rehl 1860 in Rehl. Rehl, 29. Aug. 1921.
Vob. Amtsgericht.

Mannheim. St. 878
Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:
St. 1. Seite 240: Knöche, Friedrich Wilhelm, Kaufmann, und Paula geborene Eifenmann in Mannheim-Neudorf. Durch Vertrag vom 29. August 1921 ist unter Aufhebung der durch Vertrag vom 1. Dezember 1920 vereinbarten Erbschaftsgemeinschaft die Gütertrennung vereinbart worden.

St. 879
Güterrechtsregistertrag Bd. II Seite 62: